

Von den Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu Kommunalen Integrationszentren

Vortrag 11.12.2021

Für die Veranstaltung:

Geschichte der Zuwanderung in NRW – Flucht, Vertreibung, Aussiedlung, Arbeitsmigration, Integration und Teilhabe

Christiane Bainski

Gliederung:

Warum Gründung der RAA 1980

- Gründungsphase

- Förderstruktur für einen RAA-Verbund
- Weiterer Ausbau
- Entwicklungsphasen der RAA
- Arbeitsweise/Koordinierung

Kommunale Integrationszentren entstehen

- Prozess der Umwandlung/Umstrukturierung
- Aktuelle Änderungen

Warum Gründung der RAA 1980:

Erinnern wir uns an die Zeit vor rund 40 Jahren. Nachdem durch die Arbeitsmigration seit den 1950er Jahren zunächst alleinstehende Personen, in der Mehrheit Männer und vor allem aus den das Mittelmeer umgebenden Ländern und Portugal am Atlantik, in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert waren, stellte sich heraus, dass doch ein erheblicher Teil dieser Menschen bleiben würden und auch weitere Zuwanderung stattfinden würde.

Obwohl es von den jeweiligen Bundesregierungen nicht akzeptiert wurde, von der Bundesrepublik als einem Einwanderungsland zu sprechen, zeigte es sich im realen Leben doch, dass dies im Grunde ein Fakt war.

Ein großer Teil der ersten Generation der Arbeitsmigration blieb oder pendelte, es kamen neue Menschen hinzu und es folgte Familiennachzug und die zweite Generation wurde bereits in der Bundesrepublik geboren.

Im Bildungsbereich stellte sich bald heraus, dass auch die Kindertageseinrichtungen und vor allem die Schulen sich auf neue Schüler*innen mit internationaler Familiengeschichte einstellen mussten.

In den 1960er und 1970er Jahren gab es zunächst wenige Kinder und Jugendliche mit internationaler Familiengeschichte. Doch allmählich wuchs deren Zahl durch Familiennachzug. Besonders betroffen war das Ruhrgebiet als ein Ballungszentrum der Industrialisierung, das auf Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen war. Zur Arbeitsmigration kamen auch Aussiedler und später Spätaussiedler sowie Asylsuchende hinzu.

Die Sichtweise auf die Kinder und Jugendlichen aus dieser Bevölkerungsgruppe war zunächst: Randproblem!

Es gab damals z.B. „Türkenklassen“, in denen Kinder einer Herkunftsnationalität zusammengefasst wurden. Der Unterricht wurde von deutschen Lehrer*innen übernommen, die auf ihre Aufgabe in der Regel nicht vorbereitet waren. Förderunterricht als ergänzende Sondermaßnahme wurde eingeführt und der Muttersprachliche Ergänzungsunterricht zur Ermöglichung einer Rückkehroption begann. Später, als klar wurde, dass es so viel Rückkehr ins Herkunftsland nicht geben würde, hieß er dann nur noch Muttersprachlicher Unterricht (MSU).

An den Hochschulen begann man Ende der 1960er/Anfang 1970er Jahre mit der Entwicklung einer „Ausländerpädagogik“, aus der dann bald eine interkulturelle Bildung wurde (später auch Begriffe wie transkulturell oder Migrationspädagogik)

Deutsch als Fremdsprache – Deutsch als Zweitsprache (DaF-DaZ) entwickelte sich, u.a. auch wg der großen Zahl von Aussiedlerkindern und -jugendlichen.

Die Bildungseinrichtungen (KiTa, Schule) waren nicht entsprechend vorbereitet. Erzieher*innen, Lehrkräften und anderem Fachpersonal fehlten entsprechende Ausbildungen. Auch heute noch gibt es erhebliche Lücken an den ausbildenden Berufskollegs, Fachhochschulen und Universitäten der Lehrer*innenausbildung.

Die Familien waren in der Regel unsicher hinsichtlich des Bildungssystems und der Entscheidungen, die sie für ihre Kinder treffen sollten.

Dies waren jetzt nur einige wenige „Spotlights“ auf die Bildungssituation einer sich entwickelnden Einwanderungsgesellschaft Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre.

Eine Idee entstand und wurde auf den Weg gebracht:

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich aus dem deutschen Bildungsrat die Idee von regionalen pädagogischen Zentren zur Unterstützung schulischer Arbeit. Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft griff diese Idee auf und schlug dem damaligen Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und der Landesregierung von NRW das Konzept der „Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Ausländerfamilien (RAA)“ für eine gemeinsame Förderung vor.

Die RAA sollten Einrichtungen werden, die wissenschaftliche Erkenntnisse für die pädagogische und sozialpädagogische Praxis der Integration von Migrant*innen zugänglich machen.

So kam es zum Pilotprojekt von 1980 – 1985 unter gemeinsamer Finanzierung durch Stiftungen (vor allem ab ihrer Gründung der Freudenbergstiftung) und zwei Landesressorts (Schule und Soziales) in NRW im Ruhrgebiet als der Region in NRW mit dem größten Anteil von Migrationsbevölkerung:

- 1980 starteten 5 RAA, denen dann weitere 3 folgten. Zunächst nur Ruhrgebetsstädte
- Aufgabenstellung: auf kommunaler Ebene durch einen „ganzheitlichen“ und „lernübergreifenden Ansatz komplexe Aufgaben erfassen und Projekte entwickeln, die unterschiedliche Zuständigkeiten berühren und durchgeführt werden konnten.
- Dazu gehörte die Zusammenarbeit mit Schulverwaltung und Schulaufsicht ebenso wie mit einzelnen Bildungseinrichtungen und Migrant*innenorganisationen etc.
- Die Projekte sollten „auf Innovationslücken staatlichen Handelns“ reagieren und diese füllen.
- Ziel war die Entwicklung der RAA zu Innovations-, Vermittlungs- und Dienstleistungsagenturen.
- Dies sollte geschehen durch enge Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung, staatlichem Handeln und Engagement der Zivilgesellschaft (z.B. Stiftungen).

Die wissenschaftliche Evaluation der Modellphase von 1980 bis 1985 mit den 8 Ruhrgebets-RAA durch Prof. Dr. Ulla Neumann (damals schon Uni Hamburg) und DR. Ingrid Gogolin (damals Uni Essen)

– später auch bis heute Professorin an der Uni Hamburg) bestätigte einen erfolgreichen Start. Beide Wissenschaftlerinnen spielten übrigens während der gesamten Entwicklungsgeschichte der RAA und auch in der ersten Zeit der Kommunalen Integrationszentren (KI) eine große Rolle.

Von 1985 an fand ein allmählicher weiterer Ausbau der statt.

Es wurden nach und nach weitere Kommunen gewonnen, die die Einrichtung einer RAA beantragten. Grundlage hierfür waren Förderrichtlinien des Landes NRW, die eine besonders hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte als Bedingung für einen solchen Antrag stellten. Von daher fanden diese RAA-Gründungen zunächst nur in kreisfreien Städten statt.

Die Richtlinien gaben außerdem eine Förderstruktur vor.

Förderstruktur für einen RAA-Verbund:

- Staatliche Förderung: je nach der Größe der Kommune und des Vorhabens wurden 2 – 4 Lehrkräfte abgeordnet und die Personalkosten für 2 – 4 sozialpädagogische Fachkräfte zur Verfügung gestellt.
- Kommunale Förderung: Räumlichkeiten und Sachmittel für die Arbeit
- Stiftung: bis Anfang der 1990er Jahre ein Teil besonderer Personalkosten (z.B. Leitung der 1988 errichteten Hauptstelle) sowie Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen, Studienreisen, Projekte

Weiterer Ausbau der RAA:

Unter Bedingungen im Bildungssystem, die davon geprägt waren, dass es weniger um Veränderungen im System gehen sollte, sondern um eine additive Kompensatorik um Kinder und Jugendliche mit internationaler Familiengeschichte für das System „kompatibel“ zu machen, wurden weitere RAA gegründet:

- Von 1985 bis 1988 kamen weitere vier RAA dazu, außerdem wurde die Hauptstelle, angesiedelt in Essen, gegründet.
- Bis 1995 – zu Beginn der ersten rot-grünen Koalition in NRW gab es bereits 20 RAA – durch den Koalitionsvertrag kamen bis 2000 kamen weitere 7 dazu. Es waren 23 RAA in kreisfreien Städten und vier in Landkreisen. Danach kam es zu einem Moratorium.
- In der 12. Legislaturperiode des Landtags wurden die RAA umbenannt in „Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderfamilien“ – die Abkürzung blieb wg des Wiedererkennungswertes RAA.
- Seit ihrer Gründung blieben die RAA ihren ursprünglichen Grundsätzen treu. In den 1990er Jahren wurden sie nur noch vom Land NRW und den beteiligten Kommunen getragen. Stiftungen blieben jedoch Sponsoren für besondere Projekte.
- Mit der **Einrichtung der Hauptstelle, angesiedelt bei der Stadt Essen, gab es seit 1988 eine Koordinierungsstelle**, die den kommunalen RAA Informationen zur Verfügung stellte, Fortbildungen und Veranstaltungen organisierte, Projekte initiierte und koordinierte etc.

Es sei hier noch erwähnt, dass nach der Wende 1990 und den rassistischen Ausbrüchen in Hoyerswerda, Rostock etc. in den neuen Ländern die Freudenbergstiftung das Konzept der RAA nach Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg brachte und dort auch mehrere RAA gegründet wurden.

Einige Entwicklungsschritte der RAA:

Beispiele dafür, wie RAA-Arbeit durch professionelle Arbeitszusammenhänge mit Wissenschaft und guter Praxis und zusätzlicher Förderung durch Stiftungen zu Innovationen beigetragen und Impulse vermittelt hat, seien hier nur exemplarisch genannt:

- Eine Reise von RAA-Leitungen in den 1990er Jahren nach Rotterdam zum Kennenlernen des Rucksack-Konzepts – einem Programm der Elternbeteiligung in der frühen Bildung und dessen Adaption für NRW.
- Weiterentwicklung von „Griffbereit“ (für U3 Kinder) und „Rucksack KiTa“ ab 2006 mit wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Hans Reich und Förderung der Kinder- und Jugendabteilung der Landesregierung NRW und der Freudenbergstiftung.
- Leitbilddiskussion 2001/2002 – eine gemeinsame Arbeitsphilosophie und Ausrichtung der Bildungsarbeit entwickelte sich.
- Auswertung der PISA-Studie 2000, deren Ergebnisse im Dezember 2001 veröffentlicht wurden stießen eine Debatte an, mit welchen Konsequenzen für eine bessere schulische Versorgung von Kindern mit internationaler Familiengeschichte gesorgt werden könnte. In dieser Zeit begann die besondere Auseinandersetzung mit der damals gängigen und leider auch heute noch vorfindbaren Defizithypothese.
- Die Mitarbeit in dem länderübergreifenden Modellprojekt FörMig – „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (2004 bis 2009 und Transferphase bis 2013), die Projektleitung lag gleichberechtigt beim Landesinstitut in Soest und der RAA-Hauptstelle – Trägerkonsortium Uni Hamburg: Gogolin, Neumann, Roth, Reich. Der Verbund der RAA sicherte die Mitarbeit von bundesweit dem größten Anteil von Projektschulen. FörMig entwickelte das Konzept der „durchgängigen sprachlichen Bildung“, das heute immer noch im Fokus der Arbeit steht. Seitdem insbesondere auch Vermittlung von „sprachsensiblem Unterricht in allen Fächern“ und der „Mehrsprachigkeitsdidaktik“; Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU) im Kontext schulischer Sprach(en)lernkonzepte in Kooperation mit dem Regelunterricht.
- Impulse für ein schulisches Konzept in der Einwanderungsgesellschaft durch eine Studienreise nach Toronto (finanziert von der Freudenbergstiftung). Anregungen waren insbesondere: Alle Kinder mit dem, was sie mitbringen, wertschätzen. Keine Segregation, sondern ein Verständnis von Inklusion, das die Hindernisse im System angeht und überwinden will.
- Beteiligung an dem EU-Programm EUCIM-TE unter Leitung von Prof. Dr. Hans Joachim Roth (Uni Köln) unter Beteiligung von Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen der Lehrer*innenaus- und Fortbildung aus 8 EU-Ländern. Dabei Mitwirkung an der Entwicklung eines „Europäischen Kerncurriculums zur inklusiven Förderung der Bildungssprache“ (IALT) 2008 bis 2013.
- Mitarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der RAA (die Freudenbergstiftung finanzierte die Zusammenarbeit der RAA in Sachsen, Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und NRW). Auf Bundesebene wurden fachliche Inhalte ausgetauscht und gemeinsame Veranstaltungen und länderübergreifende Projekte initiiert (z.B. in der Zeit der 2010er Jahre im Rahmen von „Demokratie leben“ die „interkulturelle Öffnung von Bildungseinrichtungen“).

- Auf BAG-Ebene auch die Erweiterung der Kompetenzen hinsichtlich der Arbeit mit Bildungs- und Erziehungspartnerschaften – unterstützt durch eine Studie von Prof. Dr. Ursula Neumann und Marika Schwaiger
- Zum 25. Jubiläum 2005 und zum 30. Jubiläum 2010 konnten die RAA mit ihrem Verbund auf eine vielfältige und ideenreiche Arbeit mit guten Konzepten entlang der Bildungsbiografie von der frühen Bildung über die schulische Bildung bis in die Berufliche Bildung hinein verweisen.
- Dazwischen wurden die RAA durch das neue Ressort „Integration“ der Landesregierung zu einem „Netzwerk Integration durch Bildung“ weiterentwickelt, wodurch Kommunen ohne RAA sich das Know-How des Verbundes mit Landesförderung vermitteln lassen konnten. Dabei kam es zu weiteren Anträgen und 3 neuen RAA-Errichtungen.
- In den 33 Jahren der RAA-Arbeit entwickelte sich der Verbund sowohl in der Größe als auch fachlich erheblich weiter.
- Vom Ausgangspunkt 1980: additive Kompensatorik entwickelte sich immer stärker ein konzeptionelles Arbeiten mit dem Fokus der Systementwicklung und -veränderung.

Arbeitsweise/Koordinierung:

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der RAA war der Arbeitsweise im Verbund zu verdanken. Es wurde sowohl auf kommunaler Ebene eigenverantwortlich gearbeitet als auch im Verbund nach Austausch und gemeinsamer Qualifizierung gesucht. Das Prinzip war:

- Kommunale Selbständigkeit und Eigenverantwortung im Rahmen der Förderrichtlinien vor Ort (Ungleichzeitigkeit der Entwicklung und Aufgabenstreuung bedingt durch unterschiedliche Errichtungszeiträume, unterschiedliche Ausstattungen und unterschiedliche Einbindung und Aufgabenstellung vor Ort)
- Koordinierung der Arbeit durch die Hauptstelle über regelmäßige Leiterkreistagungen sowie die Errichtung und Begleitung von Arbeitskreisen (IKEEP für die frühe Bildung, AK Schule etc.)
- Gemeinsame Veranstaltungen und Fortbildungsangebote.

Spezielle Entwicklungslinien wurden durch zusätzliche Arbeitsgruppen ermöglicht.

So wurden zum Beispiel durch solche AGs zur Reflexion von Erfahrungen und Entwicklung von Konzepten aus Rucksack heraus die Konzepte „Griffbereit“ für U3 und „Rucksack KiTa“ mit Unterstützung von Prof. Reich weiterentwickelt und durch neue Elemente sprachlicher Bildung auf neue Füße gestellt. „Rucksack Schule“ entstand durch die Anregungen aus FörMig und die Einbindung des Konzepts der „durchgängigen sprachlichen Bildung“. Diese drei Konzepte sind inzwischen alle erfolgreich evaluiert und werden bundesweit mit Unterstützung der Auridisstiftung disseminiert.

Das Prinzip der Zusammenarbeit mit der Fachwissenschaft und der Bildung professioneller Netzwerke von Wissenschaft und guter Praxis vermittelt, organisiert und koordiniert durch die RAA-Hauptstelle und kommunale RAA sowie Kooperationen mit MSO hatte sich etabliert.

Stiftungen (wie die Freudenbergstiftung, die Stiftung Mercator und die Auridisstiftung) waren Förderer von innovativen Projekten und deren Finanzierung.

Besonders hinzuweisen ist auf die Personalentwicklung. Wir arbeiteten nach dem Motto „Wir arbeiten nicht für Migrant*innen, sondern mit ihnen gemeinsam auf Augenhöhe“. Daher gab es sowohl in den Kommunen als auch bei der Hauptstelle 2012 insgesamt einen Anteil von ca. einem Drittel Mitarbeiter*innen mit internationaler Familiengeschichte. Das war für den öffentlichen Dienst dieser Zeit ein besonders hoher Anteil.

Was außerdem zu betonen ist: Die Arbeit richtete sich nach Fachlichkeit aus! Die Politik kann diese fachliche Tiefe in der Regel nicht erreichen. Gerade das Zusammenwirken von Wissenschaft und guter Praxis und der fachlichen Expertise im System machte die Vielfalt der Arbeit und Konzepte möglich, die dennoch einer gemeinsamen „Philosophie“ folgten. Es war daher das Bemühen, Politik gut zu informieren und zu überzeugen und nicht aufzugeben, das als fachlich richtig Erkannte zu versuchen zu realisieren.

Kommunale Integrationszentren entstehen:

Im Februar 2012 wurde das „Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen“ (TIG) gemeinsam mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/die Grünen, CDU und F.D.P. verabschiedet.

Bestandteil dieses Gesetzes war das Vorhaben ein Netzwerk von „Kommunalen Integrationszentren“ (KI) aufzubauen. Die RAA sollten in diesem Netzwerk der KI aufgehen.

Es wurden neue Förderrichtlinien erarbeitet zwischen den Fachebenen der beiden Ministerien MSW und MAIS unter Beteiligung der RAA-Hauptstelle und des Dezernats 36 der BR Arnsberg (Nachfolger der früheren Landesstelle Unna Massen).

Die Linie der RAA und die Linie des „Komm-In-Projektes“ (Innovative Konzepte Kommunaler Integrationsarbeit) sollten zusammengeführt werden.

Für die landesweite Koordinierung sollte die „Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren“ (LaKI) eingerichtet werden. Diese wurde personell durch die Mitarbeiter*innen der RAA-Hauptstelle und dem Team des „Komm-In-Projekts“ besetzt.

Damit wurde der Grundstein gelegt für ein neues Netzwerk von kommunalen Einrichtungen und einer Koordinierungsstelle mit der neuen Aufgabe, sowohl den Bereich Bildung weiter zu bearbeiten als auch die Querschnittsthemen der Integration wie Teilhabe, Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen, Gesundheit, Sport, Arbeit etc. in den Fokus zu nehmen und auch hier koordinierende Arbeitslinien zu entwickeln sowie ganzheitliche Arbeitsansätze zu erarbeiten.

Prozess der Umwandlung/Umstrukturierung

Auf Basis der neuen Förderrichtlinien von MAIS und MSW konnte in der zweiten Jahreshälfte 2012 die Einrichtung eines KI beantragt werden. Dazu gehörten zunächst die Stadt Münster (einzige kreisfreie Stadt ohne RAA) und alle Landkreise ohne RAA.

Die Kreisfreien Städte und Landkreise mit einer RAA mussten einen Umwandlungsbeschluss zum KI fassen und ein kommunales Integrationskonzept vorlegen bzw. den Erarbeitungsprozess für dieses Konzepts darstellen.

Im August 2013 wurde auf Basis eines Übertragungserlasses des Innenministeriums, gemeinsam mit MAIS und MSW die LaKI bei der BR Arnsberg mit Sitz in Dortmund angesiedelt.

Dieser Umwandlungs- und Neustrukturierungsprozess stellte vielfältige Herausforderungen dar. Dort, wo es keine RAA gab, war nicht unbedingt der Wunsch nach Einrichtung eines KI. Hier gab es einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten, Beratung und Unterstützung zu organisieren. Es gab schließlich überall Formen von Integrationsarbeit, Zuständigkeiten und Personal.

Dort wo es bereits eine RAA gab, existierten weitere spezifische Formen kommunaler Integrationsarbeit mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, die nicht unbedingt mit dem Bildungsbereich verbunden waren.

Auch in Bereichen, in denen Organisationen/Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege tätig waren und sind, gab es Konkurrenzängste.

Das TIG hatte die Intention, dass die KI die Migrationsarbeit vor Ort nicht ersetzen, sondern ergänzen sollten. Da bedarf es vieler Überlegungen, Neustrukturierungen, Kooperationsformen, Zuständigkeiten, Personalentscheidungen – und auch hier die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung.

In der LaKI musste sich das neue Team finden. Hierzu gab es zur Unterstützung einen Teamentwicklungsprozess. Die beiden Arbeitslinien mussten sich innerhalb der eigenen Linie finden und gleichzeitig im miteinander finden.

Hilfreich für den gesamten Entwicklungsprozess des Verbundes/Netzwerkes der KI die 33jährige Erfahrung der RAA und der dort eingeübten und immer wieder reflektierten Arbeitsprinzipien:

- Vielfalt vor Ort, Koordinierung zentraler inhaltlicher Arbeitslinien, Kooperation mit Wissenschaft und guter Praxis, Zusammenarbeit mit MSO und der freien Wohlfahrtspflege etc. erwiesen sich auch für den Umwandlungs- und Neuaufbauprozess der KI und der LaKI als erfolgreich.
- Besonders in der Zeit von 2014/15 an sicherten die KI auch noch die Beschulung von neuzugewanderten Kindern und Maßnahmen der kommunalen Integration von Geflüchteten mit ab.
- Bis Mitte 2018 war der Verbund der KI in der Fläche mit den maximal möglichen 54 KI ausgebaut.
- Die LaKI war aktiv in der Beratung einzelner Kommunen sowie im Verbund.
- Arbeitskreise waren im Verbund aktiv. Gemeinsame Fortbildungen und Veranstaltungen sowie Projektumsetzungen mit Stiftungen waren verankert in beiden Linien (Bildung und Querschnittsaufgaben).

Seitdem gibt es Veränderungen:

Inzwischen wurde Anfang 2021 die LaKI aufgelöst.

Der Bereich Bildung ist nun in Form der LaSI (Landesstelle Schulische Integration) in der Schulabteilung der BR Arnsberg.

Der Bereich der Querschnittsthemen ist nun Teil der Integrationsabteilung des MKFFI.

Die Serviceleistungen der LaKi für den Verbund der KI (Arbeitskreise der fachlichen Refelktion, Veranstaltungen, Fortbildungen, Beratung, Bereitstellung wissenschaftlicher Erkenntnis etc.) sind lt. Aussagen von KI-Leitungen nicht mehr entsprechend der früheren Erfahrungen vorhanden.

Eine gemeinsame Steuerung findet offenbar nicht mehr statt.

Auch die Zusammenarbeit mit Stiftungen ist nicht mehr tragend.

Abschließend:

Man muss eine 40jährige Arbeitstradition nicht unbedingt fortsetzen. Wer etwas neu macht, sollte es doch besser machen! Inwieweit die aktuellen Entscheidungen das ermöglichen, muss sich erst noch zeigen.

Wer Innovation will, braucht motivierte und verantwortlich handelnde Mitarbeiter*innen und einen Arbeitsprozess der Offenheit und Kooperation. Es bedarf eines „Raumes“ und einiger „Ressourcen“ für Reflexion und Austausch und Freiräume für Innovation.

Meiner Erfahrung nach aus den letzten 25 Jahren meiner Tätigkeit auf Landesebene und Erfahrungen mit 54 kommunalen Verwaltungen ist dies in der Umsetzungslinie der Landesverwaltung und kommunalen Verwaltung allein kaum möglich. Zivilgesellschaftliche Beteiligung und NGO-Kooperationen sind wichtig.

Möge es den KI dennoch weiterhin möglich sein innovativ, kreativ und diversitätsbewusst stets auf der wissenschaftlichen und fachlichen Höhe der Zeit unsere demokratische Migrationsgesellschaft zu gestalten!

Christiane Bainski – Essen, 11.12.2021

Literaturhinweise:

Bainski, Christiane in: Dirim, Inci; Gogolin, Ingrid; Knorr, Dagmar; Krüger-Potratz, Marianne; Lengyel, Drorit; Reich, Hans H.; Weiße, Wolfram (Hrsg.): Impulse für die Migrationsgesellschaft. Bildung, Politik und Religion. Münster, New York: Waxmann, 2015, S. 105-112

Förderrichtlinien für die RAA und die KI (s. alte Dokumente und Archiv der BASS und des MKFFI)

Grußworte zu Jubiläen (25 und 30 Jahre RAA in NRW)

Hauptstelle RAA-NRW Hrsg: Ordner zur Dokumentation der RAA-Arbeit zum 25jährigen Jubiläum. Eigenverlag, Essen 2005

Interviews mit früheren Leitungen

TIG: „Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen“
Februar 2012